



Zukunftsweisender Bundeshaushalt beschlossen

Haushaltsausschuss des Bundestages beschließt Stärkung der Inneren Sicherheit und Investitionen in Infrastruktur sowie Wohnungs- und Städtebau

Der Biberacher Bundestagsabgeordnete Josef Rief, Mitglied im Haushaltsausschuss des Bundestages, erklärte nach der Bereinigungssitzung, in der der Bundeshaushalt 2017 bis Freitag in die frühen Morgenstunden ausverhandelt wurde: „Nach der anstrengenden Sitzung bin ich sehr zufrieden über einen zukunftsweisenden Haushalt für das kommende Jahr. In meinem Zuständigkeitsbereich, dem Wohnungs- und Städtebau haben wir einen der größten Zuwächse im Gesamthaushalt. Wir investieren weiter massiv in unsere Städte und Gemeinden und tun viel für private Bestandsimmobilien. So verdreifachen wir die Summe, die wir an die Länder für den Sozialen Wohnungsbau überweisen auf 1,5 Milliarden Euro. Dies wird gerade in prosperierenden Gebieten eine vernünftige Entwicklung der Mietpreise begünstigt. In die Sanierung von Gemeindeeinrichtungen investieren wir 100 Millionen Euro und fördern national bedeutende Städtebauprojekte in Höhe von 75 Millionen Euro, wovon auch unsere Region profitiert. Für Mieter und Eigentümer von privaten Immobilien versechsfachen wir die Mittel zur Finan-



Josef Rief mit dem haushaltspolitischen Sprecher des CDU/CSU-Bundestagsfraktion Eckhardt Rehberg (l.) und Ausschusskollegen Axel Fischer vor dem Saal des Haushaltsausschusses. (Archiv)

zierung von Einbruchssicherungen auf 60 Millionen Euro und führen das erfolgreiche Programm zu altersgerechtem Umbau von Wohnungen und Häusern weiter mit einer Mittelzerhöhung von 75 Millionen Euro für neue Anträge. Mit dem Bundesprogramm „Stadtgrün“ legen wir mit 50 Millionen ein neues Programm für Klimaschutz in diesem Bereich auf. Mir ist es Seite 2

Öchsle bekommt 500.000 Euro Förderung

Josef Rief freut sich über den Erfolg seines Einsatzes zur Förderung der Öchsle-Museumsschmalspurbahn. Der Neubau der dringend gebrauchten Fahrzeughalle, der insgesamt ca. 725.000 Euro kosten soll, wird nun vom Bund mit 500.000 Euro gefördert. So hat heute der Haushaltsausschuss des Bundestages beschlossen. Es war ihm ein Herzensanliegen, dazu beizutragen, dass die aufwendig restaurierten Wagen der Bahn als lokales Kulturgut erhalten werden können. Die Förderung ist auch eine Auszeichnung und Anerkennung für alle Mitwirkenden, die Betreibergesellschaft und den Öchsle-Schmalspurrverein für die hervorragende Arbeit.

Foto: (Archiv) Josef Rief, Bürgermeister Andreas Denzel und Öchsle-Vorstand Joachim Trapp bei der Feier zur Rückkehr der restaurierten Öchsle Lok ■



Josef Rief ist auf Facebook mit Profil und Fan-Page unter: www.facebook.com/josefriefmdb



Fortsetzung von Seite 1

wichtig, dass die Mittel dieser zusätzlich zur Städtebauförderung des Bundes in Höhe von über 600 Millionen Euro eingebrachten Programme, gerecht zwischen Stadt und ländlichen Räumen verteilt werden.

Ein deutlicher Schwerpunkt im Haushalt 2017 ist die Innere Sicherheit. Der CDU/CSU ist es gelungen, weitgehend alle Vorschläge von Bundesinnenminister Thomas de Maizière in den Beratungen durchzusetzen. So stärken wir das THW deutlich bei Stellen und Fahrzeugen. Feuerwehren erhalten ebenfalls Mittel für Fahrzeuge. Insgesamt verbessern wir die Situation bei allen Sicherheitsbehörden und der Bundespolizei mit einem Fahrzeug- und Bauprogramm. Mit dem Sicherheitspaket, das der Bundesinnenminister eingebracht hat, erhöhen wir bis 2020 die Stellen in diesem Bereich auf insgesamt über 4300. Zusätzlich geben wir für Sach- und Personalmittel bis 2020 ca. 876 Millionen Euro aus. Angestellte bei Bundeseinrichtungen müssen finanziell mit der freien Wirtschaft mithalten können. Wir brauchen auch weiterhin die besten Köpfe.

Auch der Verkehrshaushalt wurde um mehr als eine Milliarde Euro aufgestockt. Das verbessert die Chance unserer Bundesstraßenprojekte im Kreis Biberach, die

wir erfolgreich in den Bundesverkehrswegeplan bringen konnten, in absehbarer Zeit gebaut zu werden.

Des Weiteren haben die Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser, wie dem Biberacher Stadtteilhaus Gaisental, für die Zukunft abgesichert.

Auch die Programme für die Landwirtschaft werden spezifiziert und weiter ausgebaut.

Insgesamt wächst der Bundeshaushalt 2017 auf 329 Milliarden Euro. Aufgrund der guten konjunkturellen Situation und einer nachhaltigen Haushaltspolitik kommen wir auch 2017 ohne neue Schulden aus. Die Zinslast beträgt im kommenden Jahr immer noch über 16 Milliarden Euro. Deshalb führt an einer weiteren Konsolidierung der Bundesfinanzen kein Weg vorbei.

Der neue Bundeshaushalt legt einen Schwerpunkt auf Investitionen und die Verbesserung der Infrastruktur und der inneren Sicherheit. Damit trägt der Bundeshaushalt 2017 die deutliche Handschrift der Union.“ ■

Bundestag beschließt Fortsetzung dreier Auslandsmandate der Bundeswehr

Der Bundestag hat die Fortsetzung und Ergänzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS beschlossen. Die internationale Anti-IS-Koalition kann in den letzten Monaten immer mehr Erfolge aufweisen. Der Antrag der Bundesregierung sieht vor, die Beteiligung Deutschlands an ihr bei gleich bleibender Mandatsobergrenze von 1.200 Soldaten fortzuführen. Die Bundeswehr leistet ihren Beitrag bislang durch Luftbetankung, Aufklärung, seegehenden Schutz eines französischen Flugzeugträgers und Stabpersonal zur Unterstützung. Zusätzlich sollen diese Maßnahmen durch die Beteiligung an AWACS-Luftraumüberwachungsflügen in türkischem und internationalem Luftraum ergänzt werden. Durch diese können Erkenntnisse in Echtzeit gewonnen und an die internationale Koalition weitergegeben werden.

Zudem wurde die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission in Südsudan (UNMISS) beschlossen. Um bei der Bewältigung der schwierigen politischen Situation und humanitären

Lage in Afrikas jüngstem Staat zu helfen, sind unter dem UNMISS-Mandat nun bis zu 17.000 Soldaten entsandt, die sich prioritär für den Schutz von Zivilisten und die Sicherung des humanitären Zugangs einsetzen sollen. Die deutsche Beteiligung umfasst Einzelpersonal in Stäben und Experten mit Verbindungs-, Beratungs-, Unterstützungs- und Beobachtungsaufgaben. Das Mandat soll bis zum 31.12.2017 mit einer unveränderten Obergrenze von 50 Soldaten fortgesetzt werden.

Als drittes Mandat wurde die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID) beschlossen. Das Mandat ermöglicht den Schutz der Zivilbevölkerung sowie die Flankierung humanitärer Hilfe. Weitere zentrale Elemente sind die Vermittlung zwischen Regierung und den bewaffneten Gruppen sowie die Unterstützung von Vermittlungsbemühungen in Konflikten zwischen den Bevölkerungsgruppen. Das Mandat als Teil der Anstrengungen Deutschlands zur Förderung von Frieden und Stabilität in der Region soll mit einer unveränderten Obergrenze von 50 Soldaten bis zum 31.12.2017 verlängert werden. Es besteht im Wesentlichen in der Beteiligung in Führungsstäben der Mission. ■

Keine Automatische Grundsicherung und Arbeitslosengeld II für Unionsbürger

Mit dem Gesetz zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und in der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch, das wir in erster Lesung beraten haben, werden die Leistungsansprüche und Leistungsausschlüsse im SGB II und SGB XII insbesondere für Unionsbürger in Deutschland gesetzlich klarer festgeschrieben.

Fluchtursachen bekämpfen – Aufnahmestaaten um Syrien sowie Libyen entwicklungspolitisch stärken.

Der Bundestag hat in dieser Woche einen Antrag beraten, den wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner eingebracht haben und der die gravierenden humanitären Auswirkungen des Bürgerkriegs in Syrien und die daraus resultierenden Flüchtlingsbewegungen behandelt. Der Antrag stellt das weitreichende entwicklungspolitische Engagement Deutschlands für die Staaten dar, die die Masse der syrischen Flüchtlinge aufgenommen haben und vor großen Herausforderungen stehen. Dabei handelt es sich insbesondere um die Türkei, Jor-

Damit stellen wir klar: Wer nicht in Deutschland arbeitet, selbständig ist oder einen Leistungsanspruch nach SGB II auf Grund vorheriger Arbeit erworben hat, dem stehen innerhalb der ersten fünf Jahre keine dauerhaften Leistungen nach SGB II oder SGB XII zu. Die Betroffenen können – längstens für einen Zeitraum von einem Monat – Überbrückungsleistungen bis zur Ausreise erhalten und im Bedarfsfall ein Darlehen für die Rückreisekosten. ■

danien, den Libanon sowie den Nordirak und zunehmend auch Libyen. Die Entwicklungshilfepolitik der Bundesregierung trägt dazu bei, Fluchtursachen zu bekämpfen und die Lage vor Ort zu verbessern. Dies geschieht durch reguläre bilaterale Zusammenarbeit, die Unterstützung überstaatlicher Institutionen wie den Vereinten Nationen, Übergangshilfen sowie speziell geschaffene Sonderinitiativen. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Maßnahmen fortzusetzen und weitere Anstrengungen vorzunehmen bei einer politischen Lösung des syrischen Bürgerkriegs, bei Rückkehrprogrammen und der Stabilisierung Libyens. ■

Armut in Deutschland nimmt ab.

Die Zahl der von Armut betroffenen Menschen in Deutschland nimmt weiter ab. Laut Auskunft des Statistischen Bundesamts ging ihr Anteil im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 Prozentpunkte zurück und erreichte mit 4,4 Prozent der Gesamtbevölkerung den niedrigsten Stand seit mehr als zehn Jahren. Die positive Entwicklung spiegelt sich auch im europäischen Vergleich wider, wo der Durchschnittswert für alle Mitgliedstaaten bei 8,1 Prozent lag. Auch mit Blick auf Armutsgefährdung kann ein zuversichtliches Resümee gezogen werden, denn in praktisch allen Altersgruppen

ist die Gefahr der Armut in Deutschland niedriger als in den übrigen EU-Staaten. Wie die Erhebung zeigt, ist die Definition der Armutsgefährdung jedoch generell zu hinterfragen. Denn angesichts eines Grenzwertes von 1033 Euro monatlich verfügbaren Einkommens, unter welcher eine Einzelpersonen als armutsgefährdet gilt, umfasst der Wert von 16,7 Prozent den Großteil der Studierenden in Deutschland. Eine Bevölkerungsgruppe, die sich selbst nicht als armutsgefährdet wahrnimmt und dieses auch nach objektiven Gesichtspunkten nicht ist. (Quelle: Süddeutsche Zeitung, Statistisches Bundesamt) ■

Uttenweiler erhält Breitbandförderung

Vom Parlamentarischen Staatssekretär Norbert Barthle (L.) empfangen die heimischen Bundestagsabgeordneten heute stellvertretend für die Gemeinde Uttenweiler den Förderbescheid über 50.000 Euro für den Breitbandausbau.

"Für unsere Region ist es äußerst wichtig beim Ausbau der Infrastruktur vorne dabei zu bleiben. Gerade bei den vielen innovativen Unternehmen und auch für die privaten Haushalte im Uttenweiler Raum ist ein weiterer Ausbau des Breitbandinternets für die Konkurrenzfähigkeit und Lebensqualität einer der wichtigsten Bausteine", sagte Rief nach der Veranstaltung. ■

